

// VORSTANDSBEREICH HOCHSCHULE UND FORSCHUNG //

Synopse:
Wissenschaftspolitische Prüfsteine der GEW zur Bundestagswahl 2021
und entsprechende Aussagen des Koalitionsvertrags von SPD, Grünen und FDP

Stand: 24.11.2021

<p>Gutes Studium, gute Forschung, gute Arbeit Wissenschaftspolitische Prüfsteine der Bildungsgewerkschaft GEW zur Bundestagswahl 2021 (Mai 2021)</p>	<p>Mehr Fortschritt wagen Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Koalitionsvertrag 2021-2025 SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (November 2021)</p>
<p>Lehre und Studium krisenfest machen <i>Auch im Jahr zwei der Pandemie ist ein Ende der der Coronakrise nicht in Sicht, ganz zu schweigen von deren Nachwirkungen, die uns weit über die Bundestagswahl hinaus belasten werden. Wie ein Brennglas hat die Krise Strukturdefizite unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems noch deutlicher sichtbar gemacht. Es kommt jetzt darauf an Lehre und Studium krisenfest zu machen! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:</i></p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Entbürokratisierung und Transparenz, bedarfsgerechte Aufstockung und Verlängerung der Überbrückungshilfe für Studierende, 	<p>Keine Aussagen dazu, allerdings: Ergänzung des BAföG um einen „Notfallmechanismus“.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Verlängerung von BAföG, Stipendien und Zeitverträgen um die Zeit der pandemiebedingten Beeinträchtigung im Sinne eines kollektiven Nachteilsausgleichs, 	<p>Keine Aussagen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Förderung der internationalen Mobilität und des Auslandsaustauschs von Studierenden und Hochschulbeschäftigten nach Überwindung der Krise, 	<p>„Wir stärken Erasmus+. Wir werden die europäischen Hochschulnetzwerke mit weiteren Standorten und digital ausbauen. Bologna-Kooperationen mit Nachbarländern vertiefen wir. (...) Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen. Asien- und China-Kompetenz wollen wir deutlich ausbauen.“</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Abschluss eines Hochschuldigitalpakts, der den Ausbau, die Verbesserung und kontinuierliche Pflege der digitalen Infrastruktur an den Hochschulen fördert – dazu gehören auch Lehr- und Lernplattformen, -programme und -materialien, insbesondere auf Basis freier Software und Open Educational Resources, Fort- und Weiterbildung sowie Beratung und Unterstützung von Lehrenden und Studierenden, 	<p>„Wir werden die Stiftung Innovation in der Hochschullehre insbesondere im Bereich digitaler Lehre weiterentwickeln. Mit einem Bundesprogramm ‚Digitale Hochschule‘ fördern wir in der Breite Konzepte für den Ausbau innovativer Lehre, Qualifizierungsmaßnahmen, digitale Infrastrukturen und Cybersicherheit.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarung eines Hochschulsozialpakts, mit dem Bund und Länder für bezahlbaren Wohnraum für Studierende und eine leistungsfähige soziale Infrastruktur auf den Campussen sorgen. 	<p>„Wir legen ein Bund-Länderprogramm für studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende auf.“</p>
<p>Ausbildungsförderung strukturell erneuern <i>50 Jahren nach seinem Inkrafttreten 1971 erfüllt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) seinen Zweck nicht mehr. Wurden vor 50 Jahren noch 45 Prozent der Studierenden gefördert, sind es heute gerade noch elf Prozent. Wurde ursprünglich ein Vollzuschuss gewährt, muss heute die Hälfte der Förderung nach dem Studium zurückbezahlt werden. Es ist höchste Zeit für eine umfassende Erneuerung und Reform der Ausbildungsförderung! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:</i></p>	
<ul style="list-style-type: none"> • deutliche Erhöhung der BAföG-Fördersätze und Freibeträge und deren regelmäßige, automatische Anpassung an Preissteigerungen und Einkommensentwicklung, 	<p>„Wir richten das BAföG neu aus und legen dabei einen besonderen Fokus auf eine deutliche Erhöhung der Freibeträge. (...) Außerdem werden wir (...) Bedarfssätze auch vor dem Hintergrund steigender Wohnkosten anheben (...). Freibeträge und Bedarfssätze werden wir künftig regelmäßiger anpassen.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Umstellung auch des Studierenden-BAföG auf einen Vollzuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss, 	<p>„Wir streben eine Absenkung des Darlehensanteils und eine Öffnung des zinsfreien BAföG-Volldarlehens für alle Studierenden an. Studierende aus Bedarfsgemeinschaften werden wir mit einer neuen Studienstarthilfe unterstützen.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Verlängerung der Förderdauer um zwei Semester je gestuften Studiengang, bei einstufigen Studiengängen Anpassung an durchschnittliche Studiendauer, und Abschaffung aller Altersgrenzen, 	<p>„Außerdem werden wir u. a. Altersgrenzen stark anheben, Studienfachwechsel erleichtern, die Förderhöchstdauer verlängern (...) und Teilzeitförderungen prüfen.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung und Digitalisierung der Antragstellung, 	<p>„Die Beantragung und Verwaltung des BAföG werden wir schlanker, schneller und digitaler gestalten und gezielter für das BAföG werben.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der Regelförderung von Schülerinnen- und Schülern an weiterführenden Schulen ab Klasse 10, auch an allgemeinbildenden und Fachoberschulen, 	<p>Keine Aussage, allerdings: „Vollzeitschulische Ausbildung muss vergütet und frei von Schulgeld sein.“</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines elternunabhängigen Studienhonorars, in einem ersten Schritt als erstem Sockel der Ausbildungsförderung, 	<p>„Das BAföG wollen wir reformieren und dabei elternunabhängiger machen. Der elternunabhängige Garantiebetrag im Rahmen der Kindergrundsicherung soll künftig direkt an volljährige Anspruchsberechtigte in Ausbildung und Studium ausgezahlt werden.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Deutschlandstipendiums und Überführung seiner Mittel in den BAföG-Haushalt, 	<p>Keine Aussage.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • bundesgesetzliches Verbot von Studiengebühren ohne Wenn und Aber, auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger. 	<p>Keine Aussage.</p>
<p>Dauerstellen für Daueraufgaben schaffen <i>Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Laufzeiten, lange und steinige Karrierewege: Das Hire-and-Fire-Prinzip an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist nicht nur unfair gegenüber den hoch qualifizierten und engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, es unterminiert auch die Qualität von Forschung und Lehre sowie die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung. Die Zeit ist reif für mehr Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:</i></p>	
<ul style="list-style-type: none"> • radikale Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG), die Befristungen nur bei echter wissenschaftlicher Qualifizierung wie der Promotion oder Drittmittelfinanzierung und in der Postdocphase nur mit Tenure Track erlaubt, verbindliche Mindestlaufzeiten vorgibt, die familien- und behindertenpolitische Komponente verbindlich ausgestaltet und die Tarifsperre ersatzlos streicht, 	<p>„Gute Wissenschaft braucht verlässliche Arbeitsbedingungen. Deswegen wollen wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Basis der Evaluation reformieren. Dabei wollen wir die Planbarkeit und Verbindlichkeit in der Post-Doc-Phase deutlich erhöhen und frühzeitiger Perspektiven für alternative Karrieren schaffen. Wir wollen die Vertragslaufzeiten von Promotionsstellen an die gesamte erwartbare Projektlaufzeit knüpfen und darauf hinwirken, dass in der Wissenschaft Dauerstellen für Daueraufgaben geschaffen werden. Wir tragen für eine verbesserte Qualitätssicherung der Promotion Sorge. Wir wollen die familien- und behindertenpolitische Komponente für alle verbindlich machen.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Streichung der sachgrundlosen Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), 	<p>Keine direkte Aussage dazu, allerdings: „Damit der öffentliche Dienst als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht, schaffen wir die nur dort bestehende Möglichkeit der Haushaltsbefristung ab. Beim Bund als Arbeitgeber reduzieren wir die sachgrundlose Befristung Schritt für Schritt. Um Kettenbefristungen zu vermeiden, begrenzen wir mit Sachgrund befristete Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber auf sechs Jahre. Nur in eng begrenzten Ausnahmen ist ein Überschreiten dieser Höchstdauer möglich.“</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Drittmittelgebern unter der Auflage, dass die Prinzipien guter Arbeit wie der verantwortungsbewusste Umgang mit Befristung eingehalten und eine aktive Personalentwicklung sowie Gleichstellungs- und Diversitätspolitik betrieben werden, Tarifbindung für alle Beschäftigten besteht und aus Drittmitteln und Projektgeldern auch Dauerstellen finanziert werden. 	<p>„Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt künftig in allen Förderprogrammen und Institutionen verankern und durchsetzen. Mit einem Bund-Länder-Programm wollen wir Best-Practice-Projekte für 1) alternative Karrieren außerhalb der Professur, 2) Diversity-Management, 3) moderne Governance-, Personal- und Organisationsstrukturen fördern. Standards für Führung und Compliance-Prozesse sind im Wissenschaftssystem noch stärker zu berücksichtigen.“</p> <p>„Zur Stärkung der Tarifbindung wird die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche gebunden, wobei die Vergabe auf einer einfachen, unbürokratischen Erklärung beruht.“</p>
<p>Bildung und Wissenschaft nachhaltig finanzieren <i>Die Finanzierung der Hochschulen hält nicht Schritt mit dem Anstieg der Studierendenzahlen und den steigenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Studium in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Während die Grundfinanzierung stagniert oder sogar gekürzt wird, geizen Bund und Länder nicht mit Milliarden für befristete Programme und Wettbewerbe. Ein Kurswechsel in der Wissenschaftsfinanzierung ist überfällig – hin zu einer nachhaltigen, verlässlichen, dynamischen und deutlich stärkeren Grundfinanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:</i></p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Umsteuern in der Haushalts- und Finanzpolitik, damit Bund und Länder deutlich mehr Geld für Bildung und Wissenschaft ausgeben, 	<p>„Die 2020er Jahre wollen wir zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur, machen.“</p> <p>„Wir wollen den Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 erhöhen.“</p> <p>Allerdings enthält das Kapitel „VIII. Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen“ keine Anhaltspunkte für ein Umsteuern in der Finanzpolitik. Es wird weder die Schuldenbremse in Frage gestellt, noch werden Aussagen zur Einkommensteuerreform oder Wiedereinführung der Vermögenssteuer gemacht.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Aufstockung, Verstetigung und Dynamisierung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken und 100-prozentige Verwendung der Mittel für Dauerstellen, 	<p>„Wir werden den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ ab 2022 analog zum Pakt für Forschung und Innovation dynamisieren.“</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Gleichwertigkeit von Forschung und Lehre sowie Universitäten, Fachhochschulen und Dualen Hochschulen in der Hochschulfinanzierung, 	<p>„Unsere Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) werden wir als Herz des Wissenschaftssystems stärken, Innovation und Transfer von der Grundlagenforschung bis in die Anwendung fördern und beschleunigen.“</p> <p>„Unser Ziel ist die Stärkung von anwendungsorientierter Forschung und Transfer zur Schaffung und Stärkung regionaler sowie überregionaler Innovationsökosysteme. Dazu werden wir die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) gründen, um soziale und technologische Innovationen insbesondere an den HAW und kleinen und mittleren Universitäten in Zusammenarbeit u. a. mit Start-ups, KMU sowie sozialen und öffentlichen Organisationen zu fördern. Die bestehenden Förderprogramme für HAW bauen wir als zentrale Erfolgsfaktoren für die Agentur aus.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht zur Veröffentlichung der Ergebnisse von Drittmittel- und Auftragsforschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Open Access sowie zur Beteiligung an den Overheadkosten, 	<p>„Den Zugang zu Forschungsdaten für öffentliche und private Forschung wollen wir mit einem Forschungsdatengesetz umfassend verbessern sowie vereinfachen und führen Forschungsklauseln ein. Open Access wollen wir als gemeinsamen Standard etablieren. Wir setzen uns für ein wissenschaftsfreundlicheres Urheberrecht ein.“</p> <p>„Die perspektivisch vereinbarte Steigerung der Programmpauschalen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) werden wir in verlässlichen Aufwuchsschritten bis zum Ende der Vertragslaufzeit des Paktes für Forschung und Innovation umsetzen.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung der Exzellenzstrategie in einen Pakt für Gute Arbeit in der Wissenschaft, der eine Entfristungsoffensive an den Hochschulen auslöst, 	<p>„Die Exzellenzstrategie hat sich bewährt und soll als Wettbewerbsraum einmalig mit zusätzlichen Mitteln für weitere Cluster ausgestattet werden. Wir stärken Verbünde, Anträge für kooperative oder interdisziplinäre Exzellenzcluster zu erarbeiten, die im Wettbewerb gleichberechtigt behandelt werden.“</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung zu einem allgemeinen Förderprogramm, das in der Fläche für mehr Studienplätze, bessere Betreuungsrelationen und die Reform der Curricula sorgt, 	<p>„Bund und Länder richten eine gemeinsame Koordinierungsstelle Lehrkräftefortbildung ein, die bundesweit Fort- und Weiterbildungsangebote vernetzt, die Qualifikation von Schulleitungen unterstützt, den Austausch ermöglicht sowie die arbeitsteilige Erstellung von Fortbildungsmaterialien organisiert und fördert. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung entwickeln wir weiter mit neuen Schwerpunkten zu digitaler Bildung, zur dritten Phase der Lehrerbildung und bundesweiter Qualitätsentwicklung des Seiten- und Quereinstiegs, u. a. für das Berufsschullehramt. Wir wollen die Anerkennung ausländischer Qualifikationen im Lehramt beschleunigen und vereinfachen, Auslandserfahrungen von Lehramtsstudierenden und Lehrkräften unterstützen und beim beruflichen Werdegang stärker berücksichtigen.“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, um den auf mindestens 50 Milliarden Euro angewachsenen Sanierungsstau aufzulösen. 	<p>Keine Aussage.</p>